

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

79 (2.4.1908)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einseitige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Leyte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Was einem österreichischen Arbeiter in Preußen passieren kann.

Unter dieser Ueberschrift erzählte die „Wiener Arbeiterzeitung“:

„Der im Jahre 1885 geborene, nach Wien zuständige Schneidergehilfe Albert J. arbeitete seit dem Jahre 1906 in Deutschland. Zuerst in Berlin, dann in Bremen und seit August 1907 in Osnabrück (Provinz Hannover). Er ist Sozialdemokrat und gehörte dem Verband der Schneider an. Am 3. Februar wurde er auf der Straße verhaftet und auf das Osnabrücker Polizeipräsidium geführt, wo ihm gesagt wurde, er sei mit Gewerkschaftsführern der politischen Partei gesehen worden. Daraufhin wurde er in Polizeihaft genommen. Am andern Tag wurde er ins Gerichtsgefängnis geführt, wo man ihm das Ergebnis der Hausdurchsuchung vorhielt, die bei ihm vorgenommen worden war. Es wurden Exemplare des hannoverschen Volkswillen, der Bremer Bürgerzeitung, der Neuen Gesellschaft, des Wahren Jakob, also durchweg sozialdemokratische Blätter, dann der Fachzeitung der Schneider und des Simplizissimus gefunden; außerdem aber auch — und das ist die Grundlage des „Verdachts“ des Anarchismus — zwei Exemplare des Berliner anarchisistischen Blattes aus dem Jahre 1906. Da unter den Büchern und Broschüren des J. nichts Anarchistisches war und die sozialdemokratischen Blätter neueren Datums waren als die zwei anarchisistischen, so ist es klar, daß der „Verdacht“ hinfällig war. J. wurde nun wieder zur Polizei transportiert, wo er über fünf Wochen in Einzelhaft gefesselt hat und weder Lektüre noch Beschäftigung hatte. Nur ein Gebetbuch gab man ihm. Er verlangte, daß man ihn kurzerhand ausweise, damit er das gasliche deutsche Reich verlassen könne. Man tat das aber noch lange nicht. Sein Ansuchen um Vorführung zum Polizeibeamten scheiterte am Aufsichtspersonal, das dem Verlangen nicht entsprach, weil das Vorführen in Deutschland eine umständliche Sache ist; dort baut man nämlich Gefängnisse meist weit weg vom Polizeipräsidium. Auch in Osnabrück liegt das Gefängnis außerhalb der Stadt. J. wollte dem Osnabrücker Arbeitersekretär schreiben, aber der Aufseher meinte, es sei schade um die Tinte, und J. bekam kein Papier. Nur seiner Schwester nach Wien konnte er eine Karte schreiben. Zwei Karten an Osnabrücker Genossen blieben unbeantwortet, scheinen also nicht abgeschickt worden zu sein. Am 10. Februar schrieb J. eine Beschwerde gegen die Haft. Am 26. bekam er folgende schriftliche Erledigung:

Der Regierungspräsident.

Osnabrück, den 21. Februar 1908.

Auf die Beschwerde vom 10. ds. gereicht Ihnen zum Bescheid, daß Sie sich nach angestellten Ermittlungen als Anarchist verdächtig gemacht haben und daher als Ausländer aus dem preussischen Staatsgebiete ausgewiesen werden sollen. Die Ausweisung wird voraussichtlich in der nächsten Zeit ausgesprochen werden.

Ihre zur Durchführung dieser Ausweisung erfolgte polizeiliche Inhaftnahme entspricht den bestehenden Bestimmungen.

Man sieht, wie vorsichtig die preussischen Behörden sind. Sie weisen nicht so ohne weiteres aus. Der Regierungspräsident weiß nur, daß einer ausgewiesen werden „soll“, und stellt die Maßregel für „voraussichtlich in nächster Zeit“ in Aussicht. Aber mittlerweile muß der Mensch, der nichts angestellt hat, brummen. Erst am 4. März wurde er wegtransportiert. Die Reise von Osnabrück nach Eger dauerte nicht weniger als sechs Tage, denn J. mußte in den Polizeiarresten von Hannover, Hildesheim, Halle und Leipzig Quartier nehmen, überall in Einzelhaft; von und zum Bahnhof wurde er, mit Ausnahme von Hannover, gefesselt geführt, offenbar damit der Mensch, den man aus Deutschland draußen haben wollte, nicht selbst aus diesem Staate fliehe. Auf der langen Reise gab J. sein Geld, zehn Mark, aus, so daß er mittellos in Eger ankam, wo man ihn auch noch im Polizeiarrest hielt, bis ihm die Bezirkshauptmannschaft eine Karte nach Wien löste und eine Krone als Zehrgeld mitgab.

Das schönste ist noch, daß J., nachdem er verhaftet worden war, in Deutschland nicht einmal mehr seine Kleider und seine Wäsche bekommen konnte. Die Effekten wurden an die Wiener Polizeidirektion geschickt und J. muß noch

die Fracht von drei Kronen vier Heller zahlen. Vorläufig hat ein Polizeibeamter diesen Betrag vorgestreckt.

Die Zeitungen und Bücher, darunter auch solche ganz unpolitischen Inhalts, hat man dem Arbeiter überhaupt nicht hergeschickt.

In Oesterreich läßt sich die Sozialdemokratie eine solche Behandlung nicht gefallen. Der Vorfall wird jedenfalls noch das österreichisch-ungarische Auswärtige Amt beschäftigen und zur „Befestigung der Freundschaft“ wieder erheblich beitragen.

Die Behandlung des österreichischen Arbeiters J. stellt eine solche Häufung von Rücksichtslosigkeiten und groben Gesekwidrigkeiten dar, daß sie sogar auch für Preußen eine nicht ganz gewöhnliche Erscheinung ist. Ueber den Fall wird also voraussichtlich noch an anderer Stelle gesprochen werden.

Deutsche Politik.

Herrenhaus und Wahlrechtsbewegung.

Auch das preussische Herrenhaus hat am Dienstag schon wieder seine Wahlrechtsdebatte gehabt. Nachdem schon bei der allgemeinen Beratung des Etats vom Wahlrecht viel die Rede gewesen war, erwarb sich der konservative Professor Hillebrandt das Verdienst, bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums eine recht ausgiebigelnterhaltung über das leidige Thema zu entfesseln, um das heutzutage niemand mehr, auch das preussische Herrenhaus nicht, herumkommen kann.

Im Hause der Junker, Bürgermeister und königlich preussischen Wissenschaftsbeamten gibt es keinen Anhänger des Reichstagswahlrechts, oder wenn es einen gibt, dann hat er sich jedenfalls bisher noch nicht hervorgetraut aus Furcht, in Stücke zerrissen zu werden. Schon Leute wie der Professor Loening-Halle, der eine Reform des Dreiklassenwahlrechts verlangt, aber doch lieber das Dreiklassenwahlrecht, wie es ist, behalten möchte, als daß er sich zur Einführung des Reichstagswahlrechts verstehen wollte, gelten im Hause Mantuffel als rote Revolutionäre. Auch der Gildesheimer Oberbürgermeister Strudmann will das Reichstagswahlrecht nicht und ebenso wenig will es Herr Bender aus Breslau, obgleich er das Entsetzen des hohen Hauses erregt durch den Ausspruch, es sei gut, daß in den Stadtverordnetenversammlungen Arbeitervertreter sitzen, man brauche sie dort wie das tägliche Brot. Die überwältigende Mehrheit ist natürlich entgegengesetzter Meinung, für sie ist das Herrenhaus, aus dem das Volk vollständig ausgeschlossen ist, das Ideal einer gesetzgebenden Körperschaft, und je mehr ein Parlament sich diesem Ideal nähert, desto näher steht es auch ihrem Herzen. Daher auch die Wut des Breslauer Hillebrandt gegen das Reichstagswahlrecht, gegen das am lautesten zu hegen der Ehrgeiz dieses bürgerlichen Professors ist. Wie der Herr, so 's G'herr — der Professor Hillebrandt hätte schwerlich den Mut aufgebracht, als Gegengabe für eine preussische Wahlrechtsreform die Verschlechterung des Reichstagswahlrechts zu fordern, wenn nicht die Rede des Reichskanzlers vom 26. März die ganze Meute der Wahlrechtsfeinde aus dem Busch gepiffen hätte.

Am meisten Beachtung scheint uns von dem ganzen färglichen Ertrag der Herrenhausdebatte ein Wort des Professors Loening zu verdienen, das ungefähr lautet, man schein die Bewegung für die Abänderung des preussischen Wahlrechts zu unterstützen. Solche Unterschätzung ist jedem gefährlich, der sich ihrer schuldig macht: den Herrschenden, wenn sie die Bewegung unterschätzen, aber auch der Bewegung, nämlich dann, wenn sie sich selber unterschätzt. Nach aller geschichtlichen Erfahrung sind Bewegungen dieser Art immer erfolgreich gewesen, sie haben noch überall, wo sie aufgetreten sind, ihr Ziel früher oder später erreicht; sie haben wenigstens sehr beträchtliche Erfolge selbst dort erzielt, wo es ihnen nicht gelang, im ersten Anlauf alles zu erringen. Das preussische Volk müßte wahrhaftig das Sundewolk unter den Bölkern Europas heißen wollen, wenn es auf die Erreichung dieses Zieles verzichten würde, wenn es nicht alles, was es ist, kann und hat, in die Waagschale der Entscheidung zu werfen bereit wäre. Nicht um den Umsturz der bestehenden Verhältnisse durch eine gewalttätige Minderheit handelt es sich hier, sondern umgekehrt um die Forderung einer ungeheuren Volksmehrheit an eine Minderheit gewalttätiger Rechtsverweigerer. Wenn man erst einsehen wird, daß diese Bewegung nicht unerschätzt werden darf, wenn sich die Mehrheit bereit zeigen wird, ihr gutes Recht auch unter Opfern der Minderheit abzutragen, dann werden Schwierigkeiten, die den parlamentarischen Parteibehältnissen entspringen, den Schwung der Bewegung nicht mehr

aufzuhalten vermögen, dann wird auch der Widerstand des preussischen Herrenhauses, das doch nur eine Kreatur von Königs Gnaden ist, wie Schnee in der Frühlingssonne dahinschmelzen.

Der Selbstherrscher aller Preußen.

Wie wir einem Bericht der „Täglichen Rundschau“ entnehmen, wird die Phäakenstraße auf Kofu künftig den Namen führen: „odos tou autokratoros Goulielmu II“, was auf Deutsch heißt: „Straße des Selbstherrschers Wilhelms II.“ So wäre für das bekannte Schottische Kaiserdenkmal — Wilhelm II. als römischer Imperator mit Mongeperrücke, das rechte Bein auf die Weltkugel legend — auch ein würdiger Standplatz gefunden!

Die Finanznot in Württemberg steigt.

Wir haben kürzlich schon von dem ungünstigen Abschluß der württembergischen Eisenbahnverwaltung gemeldet, wofelbst gegenüber dem Voranschlag eine Mindereinnahme von über 2 1/2 Millionen zu erwarten steht. Dieser ungünstige Abschluß hat zur Folge gehabt, daß eine Sparkommission eingesetzt wurde und besonders auf dem Gebiete des Personalwesens Ersparnisse gemacht oder doch Mehrausgaben vermieden werden sollen. Kürzlich hat nun im Einverständnis mit dem Verkehrsminister der Direktor der Staatsbahnen die Vertreter der Beamten- und Unterbeamtenverbände zu sich gebeten und ihnen eröffnet, daß er die Hoffnungen der Beamenschaft zerstören müsse, daß aber die finanzielle Lage des Staates dazu zwingt und daß dieser unerfreulichen Tatsache sich auch die Beamtenschaft aller Grade fügen müsse. Es sei im nächsten Hauptfinanzetat außer der Befestigung einzelner kleinerer Nebenheiten, die noch geblieben seien, an namhaftere Aufbesserungen irgendwelcher Art nicht zu denken und es empfehle sich deshalb auch mit Eingaben, in welchen solche Verbesserungen angestrebt werden, zurückzuhalten.

Eine schriftliche Begründung soll den Beamten noch zugehen; die Vorstände sollen behilflich sein, den Vereinsmitgliedern die Notwendigkeit einer Zurückhaltung klar zu machen und dadurch dem Entstehen einer „zwecklosen“ Unzufriedenheit vorzubeugen. — Die nächste Etatperiode beginnt erst am 1. April 1909 und schon jetzt wird abgewartet; da muß es schon sehr schlecht um die Finanzen gehen.

Badische Politik.

Die Gehaltstarifkommission

setzte ihre Arbeiten gestern bei der Beratung der Abteilung J fort. Erledigt wurde die Position J 3, 2 und 1 und H 1, 2 und 3. Bei J 2 führten die Petitionen einer Reihe technischer Beamter (Bahn-, Telegraphen-, Straßen-, Brücken-, Damm-, Kultur- und Gartenmeister) zu einer längeren Aussprache. Diese Beamten waren im alten Tarif in Abteilung H eingeteilt, während sie im neuen Tarif in J rangieren. Sie erblickten darin eine unerbildete Zurücksetzung und petitionieren um Wiedereinreihung in Abt. H. Aus der Mitte der Kommission wurden Abänderungsvorschläge gemacht, deren nähere Prüfung sich die Regierung vorbehalten hat. Die auf die unteren Beamten entfallenden Abteilungen des Gehaltstarifs sind damit in erster Lesung erledigt.

Herr Belzer, der Anti-Terrorist.

Man schreibt uns: Wenn der Herr Abgeordnete Belzer im Landtag erklärte: Der Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber den Christlichen sei schlimmer für die letzteren, als der Druck der Unternehmer, so erlauben wir uns als Angehörige des 39. Landtagswahlbezirks folgendes Herrn Belzer mitzuteilen: Der Maurerpolier B. V. von Mörjch war 27 Jahre ununterbrochen bei der Firma G. u. A. Pfeiffer in Mühlburg in Arbeit; diese Firma ist sicher eine gutchristliche Firma, sonst hätte sie nicht das katholische Stiftungsgebäude an der Veiertheimer Allee zu bauen bekommen. B. V. wurde während des Maurerstreiks arbeitswillig. Die Firma weiß auch, daß B. V. christlich organisiert ist. B. V. sammelte auch vor zirka drei Jahren in Mörjch Gelder für einen Kapellenbau in Schluttenbach, Amt Ettlingen, und trotz alledem darf Maurerpolier B. V. weder als Polier noch als Maurer bei genannter gutkatholischer Firma weiterarbeiten, ohne daß man dem nicht schmeidig genug auftretenden Mann die Gründe seiner Nichtweiterbeschäftigung mitteilte.

In diesem Falle kann Herr Belzer prüfen, ob für B. V. der Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter schlimmer sei, als der Druck der Unternehmer? Das Wort Arbeitervertreter ist für Herrn Belzer überhaupt ein Schimpfname. Ueberall, wo Herr Belzer zur

Speiser
Wohnen
Erhalten
Linnen
1 kg
1 Liter Erdöl
1137
über die
Straße
0 3 an
0 3 an
frei)
20 Str.
billiger.
Spiri-
twine,
nzen re.
ligt bei
handl.
28.
handenen
der-
e
en, mit
att
1394
er,
pe hoch.
el
chen,
Mk.
r,

Agitation auf Ortschaften kommt, wird er nicht von Arbeitern abgeholt, oder fortbegleitet, das besorgen die Herren Geistlichen. Diese führen auch in der Regel den Vorsitz. Deshalb wundert es uns auch nicht, daß Herr Belzer keine Ahnung hat, ob in seinem Bezirk Terrorismus herrscht oder nicht. Der Zweck dieser Seiten soll sein, daß sich Herr Belzer einmal bei Arbeitern des 39. Bezirks „gewissenhaft“ überzeuge, ob Terrorismus herrscht oder nicht.

Aus Freiburg

Schreibt man uns zu dem Artikel: „Christlicher Terrorismus in der Freiburger Eisenbahnbetriebswerkstätte“: „Es ist eine Unwahrheit und böswillige Unterstellung, daß von Monteur Beathalter in der neuen Güterbahnhofswerkstätte bei Arbeiteranweisung jemals darauf geschaut worden wäre, ob und wo der Arbeiter organisiert ist. Dazu hätte der Herr Werkführer auch etwas zu sagen, welcher zwar ein strenger aber gerechter Vorgesetzter ist. Es ist eine Unwahrheit, daß Schelling und Egloff für den badischen Verband agitieren, sie sind nicht badische Verbandsmitglieder. Der Spotname: „zarte Schmirgel-Karle“ ist am ganzen Bahnhof nicht bekannt. Es ist wahrscheinlich der älteste Schloffer nach dem Monteur damit gemeint, bei welchem es gänzlich ausgeschlossen ist, daß er Arbeiter terrorisiert wegen Beitritt zum badischen Eisenbahnerverband. Das kann jeder Werkstättearbeiter bezeugen und ist somit eine böswillige Unterstellung und Unwahrheit. Auch ist es eine Unwahrheit, daß derselbe dem katholischen Arbeiterverein angehört. Wahr ist, daß gerade derjenige, von dem der Artikel herkommt und sein Sintermann diejenigen sind, von denen die Aufhebung und der Unfrieden herkommt. Dies können alle Werkstättearbeiter bezeugen.“

Unterschieden ist die Aufschrift: Johann Klöpfer, Obmann des badischen Eisenbahnerverbandes. Das Recht zu berichtigen, haben eigentlich nur die persönlich Angegriffenen, nicht der badische Eisenbahnerverband. Aus Gründen der Gerechtigkeit haben wir indes der Verächtigung des Herrn Klöpfer Aufnahme gewährt.

Rheinschiffahrt.

In seiner letzten Sitzung hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt sich mit der Rheinschiffahrt beschäftigt. Wie aus den Verhandlungen dieser Behörde hervorgeht, beabsichtigt dieselbe, die Probefahrten für die Schiffsahrt Straßburg-Basel auch für die Folge zu subventionieren. Es wurde durch den Vertreter des Departements des Innern mit einer größeren Mannheimer Reederei ein Vertrag abgeschlossen, demzufolge diese anstelle von Knipfcher die Probefahrten fortsetzt und dafür vom Kanton Basel-Stadt angemessen subventioniert wird. Mit Knipfcher war seinerzeit vereinbart, daß er 15 Probefahrten auszuführen habe und dafür war ihm eine staatliche Subvention von 75 000 Franken ausgesetzt. Die Reederei Knipfcher hat aber während der Dauer von zwei Jahren von den 15 vereinbarten Probefahrten nur 13 zur Ausführung gebracht und zwar 7 im Jahre 1906 und 6 im Jahre 1907. Knipfcher wollte von seiner Verpflichtung entbunden sein und dem Wunsch hat die Regierung entsprochen. Welche Mannheimer Reederei Nachfolgerin von Knipfcher wird und wie hoch sich die Subvention an dieselbe beläuft, verschweigen die Regierungsratsverhandlungen. Da die Subvention noch der Genehmigung und Bewilligung des Großen Rates in Basel unterliegt, wird die Regierung dieser Behörde einen diesbezüglichen Ratsschlag unterbreiten.

Der Erbschaftsstreit des Fürsten von Fürstenberg.

Die Erbschaftsstreitigkeiten in Elßah-Lothringen geben der „Frankfurter Zeitung“ Veranlassung an einen ähnlichen Streit zu erinnern, der vor 10 Jahren nach dem Tode des Fürsten Karl Egon von Fürstenberg gegen dessen Nachfolger, den Fürsten Max Egon geführt wurde, als der Fürst an den badischen Staat die Erbschaftsteuer bezahlen sollte. Das Blatt schildert die Sachlage wie folgt: Der außerordentliche Reichtum der Fürstenberger ist bekannt. Sie verfügten über gewaltige Liegenschaften. Der „halbe Schwarzwald“, wie sich der Volksmund auszudrücken pflegt, gehört ihnen. Damals wurde der Gesamtwert der für

die Erbschaftsteuer in Betracht kommenden Vermögenswerte auf etwa fünfshundert Millionen Mark geschätzt und davon etwa 15 Millionen Mark als Erbschaftsteuer eingefordert. Es kam zum Prozeß, in dem der badische Verwaltungsgerichtshof als erste und einzige Instanz souverän zu entscheiden hatte mit dem Ergebnis, daß man sich schließlich im Vergleichsweg auf 3 1/2 Millionen einigte. Diese immer noch recht hübsche Summe ist dann dem badischen Fiskus in einer Reihe von Jahresraten zugestossen, deren letzte erst kürzlich fällig und demgemäß entrichtet wurde. Die Fürstenbergische Partei hatte sich auf den formell und privatrechtlich durchaus vertretbaren Standpunkt gestellt, daß ein Erbfall überhaupt nicht vorliege, daß das Vermögen nicht Eigentum einer einzelnen Person, sondern Hausgut der fürstlichen Familie Fürstenberg als Korporationsgenossenschaft sei. Dem jeweiligen Familienhaupt stehe daher nur die Nutzung und Verwaltung zu; ein Wechsel des Eigentums finde demgemäß bei einem Todesfall nicht statt. Der verstorbene Fürst Karl Egon persönlich habe also kein Vermögen hinterlassen, sein Nachfolger Max Egon, ein österreichischer Beamter des Verstorbenen, demgemäß auch kein Vermögen geerbt, das er versteuern müßte.

Dagegen entschied der Gerichtshof, daß badische Landrecht keine ein solches Rechtsinstitut nicht, sondern bestimmte ausdrücklich, daß der jeweilige Landesbesitzer der Eigentümer sei. Die fürstenbergische Partei hinwiederum machte geltend, diese Bestimmung finde auf sie keine Anwendung. Es handele sich bei ihr um hochfürstliches Hausgut, das nicht dem Landrecht, sondern nur dem deutschen Privatrecht unterliege. Der Gerichtshof lehnte diese Auffassung ab und erklärte weiter: Der Fürst sei badischer Staatsangehöriger, und hinsichtlich der Steuerpflicht sind alle Väter gleich. Das Ergebnis war der erwähnte Vergleich auf die Zahlung von 3 1/2 Millionen in Raten. Nach diesem Prozeß wurde etwaigen ähnlichen Fällen für die Zukunft ein Riegel vorgeschoben, indem man die Erbschaftsteuerordnung dahin ergänzte, daß auch „Nutznießer“ die Erbschaftsteuer zu entrichten haben.

Wie eigenartig infolge der staatsrechtlichen und privatrechtlichen Sonderstellung der Fürstenberger die ganzen Verhältnisse gelagert waren, läßt sich noch durch manche Einzelheiten illustrieren. Max Egon, der formell vermögenslose Herr von 500 Millionen, darf nach dem Hausrecht der Fürstenberger dieses „Hausgut“ wohl vergrößern, er darf es aber nicht verringern, also folgunglos keinen Riegel von einem Dache freihändig wegnehmen, geschweige denn etliche Millionen von diesem Vermögen nach den Geboten eines demokratischen allgemeinen Rechtes als Erbschaftsteuer sich wegnehmen lassen. Wäre der Vergleich mit dem badischen Fiskus nicht zustande gekommen, so hätte man demgemäß als eine der weiteren Folgen des Verfahrens die immerhin groteske Situation einer Lage der Agnaten des fürstlich Fürstenbergischen Hauses gegen das jetzige Haupt dieses Hauses, den Fürsten Max Egon gegenwärtigen müssen. Der „heißelose“ Max Egon war übrigens von Anfang an in durch aus lokalen Formen bereit, denselben Betrag, wie den ihm als „Erbschaftsteuer“ abgeforderten, immerhin als „Nutznießer“ dem öffentlichen Gewissen darzubringen, nur knüpfte er seine Zahlungsbereitschaft an die besondere Bedingung, daß die großherzoglich badische Familie eine Reihe ihr zugesagter Erbschaften ebenfalls verteuere. Eigentlich, altüberkommene Hausrechte wie für die Fürstenberger bestehen nämlich für das großherzoglich badische Haus nicht. Vielmehr werden bei ihnen die Vermögensverhältnisse von Fall zu Fall testamentarisch festgelegt, und im übrigen regelt sich die Frage für Mitglieder des großherzoglichen badischen Hauses (gemäß Verordnungsblatt 1864) nach den Bestimmungen, die — für das Haus Fürstenberg gegeben sind. Gelegentlich, soviel bekannt, ist z. B. vom Bringen Max tatsächlich schon Erbschaftsteuer bezahlt worden. In anderen Fällen älteren Datums scheint dagegen die Frage der Zahlungspflicht offen geblieben zu sein.

Die Frage der Regelung der Erbschaftsteuer derer von Fürstenberg wird auf dem Schwarzwald recht häufig erörtert. Dabei fallen mitunter Bezeichnungen, die wir an dieser Stelle nicht wiedergeben können. Jedenfalls gibt die Angelegenheit allerhand Stoff zum Nachdenken. Sie fällt in das Kapitel, das am Montag der sozialdemokratische Statredner in Karlsruhe Bürgerausschuß angeschnitten: Besteuerung der Vermögen der Fürsten und Landesherren!

Sind Turnvereine zur Vermögenssteuer heranzuziehen? Der Turnerbund Freiburg war mit seinem Kapitalvermögen von 15 000 Mark, das er zur späteren Erbauung einer eigenen Turnhalle angeammelt hatte, zur Vermögenssteuer beigezogen worden; seine Beschwerde wurde von der Steuerbehörde in Karlsruhe als unbegründet zurückgewiesen. Nun hat einer weiteren Klage Folge gebend das Finanzministerium dahin entschieden, daß der Verein mit seinem Kapitalvermögen steuerfrei zu lassen sei.

Die „Badischen Nachrichten“ (mit der Nebenausgabe „Offenburger General-Anzeiger“) sind in den Besitz des Herrn Buchdruckerbesizers Max Belcher aus Mersleben übergegangen. Die politische Haltung des Blattes wird durch diesen Besitzwechsel in keiner Weise beeinflusst. Vielmehr wurde gegenüber dem Redakteur der „Badischen Nachrichten“ Herrn G. Groß dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß er die Leitung des Blattes auch weiterhin in der bisher bewährten Weise beibehalten wolle. Wollen's einmal abwarten!

Konstanz, 1. April. Die bisher in Karlsruhe gedruckte „Neue Konstanzer Abendzeitung“ hat ihr Erscheinen eingestellt. Die hiesige demokratische Partei wird ihr Organ wieder hier erscheinen lassen; dasselbe wird auf 1. Juli zur Ausgabe gelangen.

Der Reichstag und die Schiffsabgaben.

137. Sitzung.

Berlin, 1. April.

Zunächst wird die namentliche Abstimmung über den Antrag des Freiherrn v. Gamp, betr. die Gewährung von Ostmarkenzulagen an die Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltungen vorgenommen. Das Amendement der Freimünnigen, das die Zulage unwiderruflich machen will, wird gegen wenige Stimmen der Rechten angenommen. Der Antrag des Frhr. v. Gamp wird hierauf mit dem Amendement mit 163 gegen 142 Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und des Zentrums angenommen. Es folgt die Beratung der sozialdemokratischen und freimünnigen Interpellation über die Einführung der Schiffsabgaben.

Herr Dr. Frank-Mannheim (Soz.)

begründet die sozialdemokratische Interpellation, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Widerspruch mit Art. 54 der Reichsverfassung und unter Verletzung internationaler Abmachungen die Einführung von Schiffsabgaben auf deutschen natürlichen Wasserstraßen durch den Bundesstaat Preußen geplant ist? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der Reichsverfassung und der durch Preußens Plan gefährdeten wichtigen wirtschaftlichen Interessen zu tun?“

Man mag sich zu den Schiffsabgaben stellen wie man will, es steht fest, daß man bezüglich der Wasserstraßen im ganzen vorigen Jahrhundert immer im ganzen Deutschen Reich einheitlich vorgegangen ist. Von diesem Weg ist man jetzt abgegangen. Preußen hat einseitig ein Gesetz angenommen, wonach Schiffsabgaben erhoben werden sollen. Am nun auch die übrigen deutschen Staaten dazu zu bringen, auch ihrerseits solche Abgaben zu erheben und da diese Erhebung dem Geiste der Verfassung widerspricht, hat man die Regierungsjuristen auf die Verfassung losgelassen, die selbstverständlich den Wünschen Preußens gerecht geworden sind. Wir Sozialdemokraten haben ja immer behauptet, daß das Recht nur der Ueberbau der wirtschaftlichen Verhältnisse sei, daß das Recht wechselfertig mit dem Bedürfnis der herrschenden Klassen. (Sehr richtig! links.) Wie recht wir damit haben, geht jetzt aus der Schrift des Professors Otto Mayer über die Erhebung von Schiffsabgaben hervor. Die Erhebung der Schiffsabgaben steht im Widerspruch mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches. Ich habe es bedauert, daß sich die süddeutschen Staaten überhaupt auf Unterhandlungen mit Preußen eingelassen haben. (Sehr richtig! links.) Als ich von diesen Unterhandlungen las, habe ich an einen alten Solgitzig gedacht, da lud ein Bauer seine Gühner zu sich ein, um mit ihnen zu sprechen, in welcher Weise sie gelocht sein wollten. (Seiterkeit.) Die Gühner erklärten aber, daß sie gar nicht daran dächten gelocht zu werden. Öffentlich erklären das die süddeutschen Bundesstaaten aus.

Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

40) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ich rede die Wahrheit.“ Das klang fester und zuversichtlicher, als vorher. Die blaue Dame rang nach Fassung und gewann mehr und mehr die Herrschaft über sich selbst zurück.

„Wenn Sie unschuldig sind, warum hielten Sie sich verborgen?“

„Ich verberg mich nicht. Ich hatte keine Veranlassung, mich zu verbergen.“

„Warum versuchten Sie zu fliehen, als man Sie ergreifen wollte?“

„Ich wußte gar nicht, was mir bevorstand. Ich —“

„Sie wußten es wohl. Sie waren vom ersten Moment an klar über Ihr Schicksal. Sie stellten keine einzige Frage — Sie wußten, wohin Sie gebracht wurden.“

„Sie schwieg beklommen.“

„Was hatten Sie im Wagen auf der neuen Brücke zu schaffen? Sie hatten die Annonce in den Zeitungen gelesen. Schuldbehauptung und Angst trieben Sie hin — Sie wollten sehen, ob das Inserat auf Wahrheit beruhte oder eine Falle sei?“

„Ich kam zufällig auf die Brücke.“

„Sie erschüttern Ihre Glaubwürdigkeit, wenn Sie Dinge befreiten, über die wir eines Besseren unterrichtet sind.“ verheißte der Affessor kalt und scharf. „In welchem Verhältnis fanden Sie zu jenem Morson?“

„In gar keinem.“

„Sie waren mehrfach mit ihm zusammen — haben sogar gewinkt, während Sie mit ihm unterhandelten — Sie haben ihm Geld gegeben, und zwar eine namhafte Summe — wollen Sie das alles in Abrede stellen? Es wird Ihnen durch Zeugen bewiesen werden.“

Die blaue Dame starrte unschlüssig vor sich hin.

„Ich kannte Morson,“ gestand sie dann in resigniertem Tone.

„Ah — und welcher Art waren Ihre Beziehungen zu ihm?“

„Herr Affessor,“ entgegnete die junge Frau, die plötzlich

emen bestimmten Entschluß gefaßt zu haben schien, „ich will Ihnen die Wahrheit sagen. Ja, ich hatte eine für mich äußerst wichtige Angelegenheit mit Morson zu besprechen und zu ordnen, aber es war keine, die mich in irgend einer Weise entehren könnte. Was sie mir betraf, erlassen Sie mir zu sagen — ich habe triftige Beweggründe zu schweigen. Mit dem rucklosen Verbrechen, dessen Morson geworden, steht meine Sache in keinem Zusammenhang.“

„Sie geben zu, daß er das Geld von ihnen empfangen hat?“

„Ich weiß von keinem Gelde.“

„Sind Ihre Angelegenheit mit einer Liebesaffäre zusammen?“

„Nein.“

„Sie haben sich aber doch abends nach dem Gewitter mit Morson ein Stelldichein gegeben? Auf dem Platze, wo er ermordet wurde?“

„Das ist nicht wahr. Ich sprach ihn nachmittags zum letzten Male.“

„Sie wünschten ein Dokument von ihm zu erlangen, das für Sie Wert besaß?“

Die Befragene hob wie überrascht den Blick. Dann antwortete sie ruhig: „Nein.“

„Sie sind deswegen hier geblieben, während Sie doch anfangs leicht hätten fliehen können. Sie haben sich sogar in seine Wohnung gewagt. Wollen Sie auch in Abrede stellen, daß Sie dort gewesen sind?“

„Nein.“

„Was wollten Sie dort? Sie schlichen sich in einer Verkleidung ein.“

„Durchaus nicht. Ich wünschte nur kein Aufsehen zu erregen. Was ich wollte, hängt mit meiner Angelegenheit zusammen. Ich versichere Ihnen nochmals, daß dieselbe harmloser Natur ist — wenigstens für andere. Für mich vielleicht nicht,“ setzte sie mit einem unsagbar traurigen Ausdruck hinzu.

„Sie begaben sich also doch nach der neuen Brücke, weil Sie möglicherweise jemand zu finden hofften, der Ihnen in der behaupteten Angelegenheit Mitteilungen überbrächte?“

„Ja. Ich ahnte zwar, daß das Inserat eine Falle sei — aber —“

„Aber?“

„Herr Affessor, es gibt mächtige Impulse, die aller Gefahr Trost bieten.“

„Wenn Sie sich unschuldig fühlten, warum fürchteten Sie Gefahr?“

„Weil ich wußte, daß man mich mit dem Verbrechen in Verbindung bringen würde. Ich war fremd, meinen Besuch hätte etwas Geheimnisvolles an — man kannte den wahren Mörder nicht — befest sich nicht in derartigen Fällen der Verdacht auf jeden, der nur irgendwas mit dem Ermordeten nicht ganz aufzuklärende Beziehungen gehabt?“

„Wenn diese Beziehungen so harmloser Art waren, so fürchtet man doch nicht ohne weiteres, des Mordes beschuldigt zu werden. Sie fürchteten es aber — Sie wußten, weshalb man Sie verhaftete, und ergaben sich in Ihr Schicksal als etwas nunmehr Unabänderliches.“

„Ich fürchtete deshalb, weil ich die besondere Art meiner Beziehungen nicht aufklären durfte?“

„Weshalb dürfen Sie nicht?“

„Weil ich eine andere Person schonen muß, eine Person, die ich achte und liebe!“

„Gegenüber einer so fürchtbaren Verächtigung müssen alle Rücksichten schweigen. Schonen Sie denn diese Person, wenn Sie ihr die Schande bereiten, als Mörderin vor Gericht zu stehen?“

Die Befragene schien bewegt.

„Ich hoffe, sie wird davon nichts erfahren,“ erwiderte sie dumpf.

„Ist diese Person vielleicht Ihr Gatte?“

Die blaue Dame schüttelte den Kopf, ohne daß man unterscheiden konnte, ob in Verneinung oder einfach in Ablehnung der Frage.

„Sie sind fremd hier?“ nahm der Affessor nach einer Pause das Verhör wieder auf.

„Ja.“

„Ihr Accent verrät trotz Ihrer im übrigen fließenden Sprache eine ausländische Abstammung. Auch ihr Gesicht erinnert unwillkürlich an die Frauen des Südens. Herr Morson war Italiener. Sie sind eine Landsmännin von ihm?“

(Fortsetzung folgt.)

Ferner darf man nicht vergessen, daß wir gegen unsere Verträge mit den Niederlanden und Oesterreich verstoßen, wenn wir Schiffsabgaben erheben. Wir haben ja nicht allzu viele Freunde in der Welt. Montenegro, Marokko und Monaco sind uns ja wohl befreundet, aber es ist doch weit wichtiger, daß wir uns nicht die Niederlande und Oesterreich verfeinden. Es heißt nun, daß Oesterreich und die Niederlande fest bleiben und den preussischen Wünschen nicht nachkommen wollten. Es ist weit gekommen und tief beschämend, wenn wir uns in dieser Frage schon auf das Ausland stützen müssen.

Das Ausland muß uns gegen den inneren Feind schützen und als den inneren Feind hat ein bayerisches Schulkind sehr richtig erklärt: „Der innere Feind dös sind die Preußen“. (Große Heiterkeit.) Das Kind hatte Recht. Die preussischen Bureaucraten, die im Dienste der preussischen Junker stehen, sind der Feind Deutschlands. (Lachen rechts.) Durch die Erhebung von Schiffsabgaben würde unser Wirtschaftsleben aufs Schwerste geschädigt werden. Die Mannheimer Handelskammer hat eine Berechnung aufgestellt, wie groß der Schaden sein würde. Der Mannheimer Verkehr würde sich um eine Million Mark verteuern.

Eine große Firma in Mannheim würde jährlich eine Mehrausgabe von 71 000 Mark haben, darunter 38 000 Mark für Kohlentransport und 14 000 Mark für Schwefelkies. Eine andere Mannheimer Firma hätte eine Mehrausgabe von 26 000 Mark. Ein sehr großer Teil unserer Kohlen wird auf dem Schiffswege befördert und dieser Transport würde ungeheuer verteuert. Die Verteuerung der Produkte würde dann natürlich hier auf die Arbeiter abgewälzt, indem die Löhne eingeschränkt werden. Am schwersten würde aber der Mittelstand geschädigt werden, und da zeigt es sich, daß die bisherige Mittelstandspolitik nur aus Worten besteht. Die Taten der preussischen Regierung sind stets mittelstandsfeindlich. Die preussische Regierung will zwar durch allerbeste Versprechungen die Schiffsabgaben schmachtlich machen. Diese Versprechungen kennen wir schon. Wie sollen wir Vertrauen zu den Versprechungen haben, die von der preussischen Regierung kommen, welche die Verfassung nicht achtet. (Sehr richtig.) Werden Schiffsabgaben eingeführt, so ist das

die wirtschaftliche Kriegserklärung des Nordens gegen den Süden

und wir fühlen uns verpflichtet, die Reichsverfassung zu schützen gegen den Fürsten Bismarck und die Einheit des Reichs gegen die partikularistischen Bestrebungen Preußens. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Inwiefern die Einführung von Schiffsabgaben mit dem Artikel 54 der Reichsverfassung vereinbar sei, habe bisher noch nicht zum Austrag kommen können. Die preussische Regierung werde Schritte tun, um die der Erhebung von Schiffsabgaben etwa entgegenstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Sie glaube durch die von ihr angestrebte, nicht durch fiskalische Rücksichten bestimmte Lösung der umstrittenen Fragen allen an der Stromschiffahrt Beteiligten einen wesentlichen Dienst zu leisten und dem nationalen Gedanken eine neue, auf der Gemeinsamkeit der Interessen beruhende Förderung zuteil werden zu lassen. Mit den beteiligten fremden Staaten werde in Verhandlung getreten, nachdem die Angelegenheit selbst in Deutschland entschieden sei.

Eisenbahnminister Breitenbach: Die Ausführung des § 19 des preussischen Wasserstraßengesetzes, die die Erhebung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen des Staatsgebietes anordnet, sei aus sachlichen Gründen nur durch eine gemeinschaftliche Regelung der gemeinsamen Stromgebiete möglich, da die preussische Wasserstraßenpolitik ihre Wirkungen über die Staatsgrenze hinaus erstrecken müsse. Der preussische Anteil am Gesamtnetz der deutschen Wasserstraßen sei so bedeutsam, daß eine gezielte Entwicklung zugleich eine nationale Bedeutung für ganz Deutschland habe. Es komme der unlösliche Zusammenhang mit der Eisenbahnverkehrsreform hinzu. Man könne den Einzelstaaten nicht verdenken, daß sie nicht ohne weiteres große Kapitalien für Strombauzwecke aufwendeten. Das Verkehrsinteresse und die Strombaulasten decken sich nicht immer. Die Überwindung der daraus entstehenden Reibungsstände sei nur durch eine Aenderung des jetzt für die Strombaulasten bestehenden Territorialprinzips in das der organisierten Eisenbahnen möglich. Die preussische Staatsregierung glaube dies durch die Bildung von Zweckverbänden mit eigener Finanzverwaltung zu erreichen, etwa so, daß sämtliche Einnahmen aus den Schiffsabgaben eines Stromgebietes in eine gemeinsame Kasse fließen und unter Beteiligung der Bundesstaaten nach einem zu vereinbarenden Maßstab verteilt werden. Bei letzterem seien die für Schiffsabgaben aufgewendeten Selbstkosten zugrunde zu legen. Die preussische Regierung glaube hier sämtliche Stimmen des Landtags hinter sich zu haben und werde eine Aufwendung weiterer Mittel für die Verbesserung natürlicher Wasserstraßen von der Verwirklichung ihres Programms abhängig machen. Bei der Wichtigkeit der Bestimmungen komme es nicht auf theoretische oder juristische Zweifel an, sondern auf den Geist der Bestimmungen. Die Autonomie und die Landeshoheit aller beteiligten Bundesstaaten solle voll gewahrt werden. Um alle Zweifel über die rechtliche Bedeutung der maßgebenden Verfassungsvorschriften zu beseitigen, soll der Weg der Interpretationsgesetzgebung beschritten werden. (Beifall rechts.) Auf Antrag des Abg. Webel (Soz.) findet Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Versteher (Zentr.) ist mit der Erklärung des Staatssekretärs einverstanden. Preußen gebe seinen bisherigen Standpunkt auf und wolle den Weg der Reichsgesetzgebung.

Abg. Kretsch (konf.): Ein einheitlicher Ausbau des deutschen Stromgebietes sei nur bei Schiffsabgaben möglich. Um agrarische Interessen handle es sich hier nicht. Mit Ausnahme der sächsischen Parteifreunde stehe seine Partei der Anregung Preußens wohlwollend gegenüber.

Abg. Wölfl (natl.): Ohne Aenderung der Reichsverfassung sei die Einführung von Schiffsabgaben nicht möglich. Die überwiegende Mehrheit seiner Partei sei im Prinzip aus wirtschaftlichen Gründen mit deren Einführung einverstanden. (Hört, hört!) Selbstverständlich könne es sich nur um mäßige Abgaben handeln.

Abg. Schrader (freis. Vg.): Der klare Wortlaut des Artikels 54 mache jede aufheißerische Interpretation unnötig. Die Abgabe widerspreche auch den internationalen Verträgen.

Abg. David (Soz.)

spricht sich ebenfalls gegen die Erhebung von Schiffsabgaben aus. Die Schiffsabgaben werden nur wieder dem armen Mann das Brot verteuern. Das liegt natürlich im Interesse der Agrarier und Herr von Pappenheim hat im preussischen Abge-

ordnetenhaus klipp und klar ausgesprochen, daß die Agrarier mit der Erhebung von Schiffsabgaben eine Verteuerung des Brotes herbeiführen wollten. Einer Interpretation der Verfassung bedarf es nicht. Es steht fest, daß der Artikel 54 keine Erhebung zuläßt und das ist auch bewiesen worden durch das Unterwerfgesetz vom Jahre 1886. Das Unterwerfgesetz, das eine Ausnahme von der Gebührenfreiheit schaffte, konnte nur verabschiedet werden, nachdem im Bundesrat die Opposition weniger als 14 Stimmen betrug. Die Gebührenregelung darf nur auf Grund des Artikels 78 herbeigeführt werden, und diesen Standpunkt hat 1886 das Zentrum geteilt, das jetzt plötzlich im Wege der Interpretation die Schiffsabgaben allgemein einführen will. Warum wendet man jetzt nicht wieder den Artikel 78 an, sondern will den Weg der Interpretation beschreiten? Weil man nämlich die Interpretation im Bundesrat übt und den Reichstag vollkommen ausschaltet. Wer im Bundesrat das Wort in den Händen hat, weiß jeder. Also auf Schleichwegen will Preußen sein Ziel erreichen, und dazu können wir nicht die Hand bieten. Preußen spielt sich nun noch so auf, als handle es bei der ganzen Frage im Interesse des Reiches. Das glaubt doch der größte Optimist nicht, daß Preußen aus freiem Antriebe etwas für das Reich tut. Preußen verfolgt bei dieser ganzen Angelegenheit nur den Zweck, seinen eigenen Säckel zu schonen. (Sehr richtig! links.) Es ist überhaupt ein unerhörtes Vorgehen, daß Preußen zunächst ein Gesetz schaffe, wonach die Schiffsabgaben eingeführt werden sollen. Nachdem dieses Gesetz fix und fertig ist, wendet sich Preußen an die Reichsversammlung. Das hätte geschehen müssen, bevor das Gesetz gemacht wurde. (Sehr richtig! links.) Das heißt doch, das Landesgesetz über das Reichsgesetz stellen, während es nach der Verfassung umgekehrt der Fall sein soll. Das ist ein illoyales Verhalten. (Zustimmung links.) Auch das Verhalten Preußens bei den gepflogenen Verhandlungen muß aufs stärkste getadelt werden. Preußen hat die Bundesstaaten einzeln gegen einander ausgepielt. Erst wurde Bayern breitzuschlagen, dann wurde Württemberg durch die in Aussicht gestellte Reduktion der Steuern geschlagen. Auch Hessen hat man breitzuschlagen wollen, indem man eine Mainkanalisation in Aussicht stellte. Also die reine Verteilungspolitik. Dazu kommt aber noch eine Erpressungspolitik. (Unruhe rechts.) Gewiß, der preussische Eisenbahnminister hat heute gesagt, daß Preußen nichts mehr für Kanalisation tun wolle, bevor nicht die Schiffsabgaben eingeführt seien. Preußen ist aber durch den Rheinischschiffahrtsvertrag verpflichtet, den Rhein fortgesetzt im Interesse der Schiffahrt zu verbessern. Wenn Preußen sich jetzt dagegen auflehnt, so verletzt es den Vertrag und treibt außerdem noch eine Erpressungspolitik. (Zustimmung links.) Medner polemisiert sodann gegen das Zentrum, das sich draußen im Lande, namentlich am Rhein, als Gegner der Schiffsabgaben auspricht, während es hier im Reichstage für die Schiffsabgaben durch süddeutsche Abgeordnete eintritt. Es ist bemerkenswert, daß man jetzt im Zeichen der liberalen Ära die liberalen Erzeugnisse der Abgabenfreiheit wieder beseitigen will. Sagen ist ja bis jetzt noch festgeblieben; wie lange noch, das weiß man ja nicht. (Heiterkeit.) Aber Sachsen kann sich auf meine Parteifreunde als getreue Schutzgarde verlassen. (Allgemeine Heiterkeit.) Mit den Strombauzweckverbänden will man natürlich lediglich das agrarische Interesse fördern. Das können wir nicht billigen, denn das Reich hat die Tarife erhöht. Diese Höhe wollten wir nicht preisgeben. Sollte es doch noch zu der Einführung der Schiffsabgaben kommen, so hoffen wir, daß die breite Masse des Volkes sie ihnen (zu der Rechten) heimzahlen wird. (Beifall.)

Minister Breitenbach bestreitet, daß die Regierung sich einer Erpressungspolitik und der Allokation schuldig gemacht habe. Auf Einzelheiten könne er nicht eingehen. Das sei nicht der Zweck der heutigen Verhandlungen, die bereits ergeben hätten, wie die Mehrheit des Hauses darüber denke. Es sei irrig, anzunehmen, daß die Schiffsabgaben zu einer Verteuerung der Frachtabgaben führen müssen. Denn man werde zu einer ungeachteten Entwicklung des Schiffsahrtsverkehrs kommen. Daraus ergebe sich mit Notwendigkeit eine Verbilligung der Frachten. Auch sei nicht richtig, daß die Eisenbahnverwaltung sich die Konkurrenz vom Halse schaffen wolle. Er halte die Wasserstraßen für gleichwertige Glieder im Verkehr. (Beifall, Vgg.) und Günther (fr. Vp.) betont

Minister Breitenbach den Wert des Urteils von Vertretern der Provis. Das Gesetz werde geschaffen werden und die Interpretation alsdann erfolgen.

Abg. Zimmermann (Reformp.) äußert schwere Bedenken gegen diese Vorlage.

Abg. Gauß (Eis.): Die Kanalisierung des Rheins zwischen Mannheim und Straßburg habe 14 Millionen Mark gekostet. Zur Wiedereinbringung dieser Summe sei die Einführung mäßiger Schiffsabgaben gerechtfertigt.

Abg. Seinge (ntl.) erklärt sich namens der Minorität seiner Partei gegen die Einführung von Schiffsabgaben.

Sodann tritt Beratung ein. Der Präsident ruft den Abgeordneten David nachträglich zweimal zur Ordnung wegen des gegen die preussische Regierung erhobenen Vorwurfs der Erpressungspolitik und der Allokation. Morgen 1 Uhr: Vereinsgesetz.

Aus der Partei.

Aue bei Durlach, 31. März. In der Samstag Abend halb 9 Uhr stattfindenden Versammlung spricht Genosse Ludwig über das Thema: „Woher der Mensch?“ Jugendgenossen! Agitiert eifrig für einen guten Besuch der Versammlung. Auch wäre es erfreulich, wenn recht viele ältere Genossen der Versammlung anwohnen würden.

Gewerkschaftliches.

In Eppingen sind sämtliche Bierbrauer ausständig. Der Kampf entbrannte in der Palmbräuerei des Herrn Jörn. Die Arbeiter in den umliegenden Steinbrüchen werden besonders auf das Bier der Palmbräuerei aufmerksam gemacht. Die Gauleitung der Brauer.

Baden-Baden, 28. März. Die „Christlichen“ enifalten zurzeit eine rege Agitation. So fand am Sonntag, 15. März, eine Holzhaue-Versammlung in Lichtenthal statt. Als Referent trat Ehren-Tremmel aus Mannheim auf. Ueber der Verlauf der Versammlung schrieb die „Badische Volkszeitung“ („Echo“), daß sich trotz Aufforderung von den anwesenden Genossen niemand zum Wort meldete. Das ist eine Lüge. Als Herr Tremmel sein Referat beendet hatte, meldete sich ein Mit-

glied des deutschen Holzarbeiter-Verbandes zum Wort. Das Wort bekam derselbe nicht, da er kein Holzhaue sei; ebenso ging es dem Kassierer des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes, was dann der Kollege als eine Gemeinheit bezeichnete.

Ueber den begangenen Arbeiterverrat, der Tremmel vorgeworfen wurde, schweigt das Zentrumsblatt wohlweislich, sonst könnten ja die christlichen Arbeiter stutzig werden. Verehrte „Volkszeitung“, die Tatsache steht fest, daß sich Tremmel bei dem Hafenarbeiterstreik in Mannheim als Streikbrecheragent herabgewürdigt hat. Nun machte dieser christliche Führer den Holzhauern vor, daß sie im christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verband bei einem Wochenbeitrag von 30 Pf. eine Arbeitslosen-Unterstützung von 12-15 Mk. pro Woche bekämen, und das ist eine Unwahrheit. Nach Durchsicht des Statuts beträgt die betreffende Unterstützung im 1. Jahre 4,50 Mk. bis zum Höchstjahre von 9 Mk. pro Woche.

Ferner fand am Sonntag, 22. März, eine öffentliche Versammlung der christlichen Gewerkschaften von Dos statt, wo Herr Wacher aus Straßburg auftrat. Hierzu ist zu bemerken, daß in Dos überhaupt keine christliche Gewerkschaft besteht. Vergangenes Jahr haben sich die christlich organisierten Köpfer dem freien Verbands angegeschlossen. Auch die „Gewerkschaft“ der Geistlichkeit war in dieser Versammlung der „christlichen Gewerkschaften“ stark vertreten und daß da die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die „Herren mit der roten Krawatte“ herhalten mußten, ist selbstverständlich. Ein Kollege aus Baden-Baden hat aber den „Christlichen“ ihre „Gelbentaten“ vorgehalten, worauf der Berichterstatter der hiesigen „Volkszeitung“ durch Beschimpfungen und Verdrehungen antwortet und das ist nicht „christlich“. In Bezug auf den Zolltarif führte Herr Wacher aus, daß derselbe für die Kleinlandwirtschaft sowie für die ganze Industrieentwicklung von Vorteil sei, aber sich erst bemerkbar mache in den kommenden Jahren. (Der Herr Wacher irrt, der Zolltarif hat sich in der Kleinlandwirtschaft bereits bemerkbar gemacht; von einem „Vorteil“ freilich, hat noch niemand was gespürt. D. Red.) Das interessanteste in dieser Versammlung war der Schlußsatz eines christlichen Herren, der ausführte, daß die Arbeiter auf den vertrauen müssen, der als Beschützer über uns steht; die Parole muß heißen: „In der einen Hand das Schwert, in der anderen das Kreuz, und mit diesem Zeichen müssen wir siegen“. Also mit dem Schwert soll fernber die „christlich“-nationale Arbeiterbewegung gefördert und zum Siege geführt werden. Nun viel Glück zu dieser Parole! „Christlich“ ist sie zwar nicht. Aber jetzt an die Arbeit, Kollegen! Unsere Parole ist: „Aufklären, Organisieren und Agitieren!“ und die hat sich noch immer bewährt.

Waldbut, 30. März. Der allzeit rührige Arbeitervereinsverein „Eintracht“ bringt am nächsten Sonntag, 5. April, abends 8 Uhr, im städtischen Konzertsaal das satirische Volksstück „Lieber des Ruffanten“ von Reinert zur Aufführung. Die Mitwirkenden werden alles aufbieten, den Abend zu einem gelungenen zu gestalten und hoffen wir auf zahlreichen Besuch. Karten im Vorverkauf sind bei den bekannten Gewerkschaftsfunktionären zu haben. Restauration findet nur in den Zwischenpausen am Büfett statt.

Badische Chronik. Durlach.

1. April.

Jugendorganisation. Wir machen hiermit auf die am Freitag Abend 8 Uhr stattfindende Versammlung der Jungen Garde im „Lamm“ aufmerksam. In derselben wird Genosse Sauer aus Karlsruhe das Thema: „Partei und Gewerkschaft“ behandeln. In anbetragt des Lehrreichen Vortrags und der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Auch möchten wir die Mitglieder bringen ersuchen, ihre Mitgliedskarten mitzubringen. Genossen! Eure Pflicht muß es sein, die Versammlungen stets regelmäßig zu besuchen und neue Mitglieder zu werben.

Wie Terrorismus-Geschichten entstehen, davon hier ein Beispiel: In der hiesigen Brauerei G. Lau ist ein gewisser Wilh. Hoffmann, ein früherer Küfermeister aus Gröningen, beschäftigt. Dieser glaubt dadurch bei der Direktion sich einschmeicheln zu können, daß er derselben allerlei ungereimtes Zeug über die organisierten Arbeiter zuträgt. So hat er es fertig gebracht, daß ein Arbeiter, welcher schon zehn Jahre dort beschäftigt war, entlassen wurde. U. a. behauptete er, er wäre von den Kollegen terrorisiert worden, weil er nicht in den Verband eintrete. Nun lag aber die Sache so: Der entlassene Arbeiter war als Partiführer öfters gezwungen, dem Hoffmann Vorhaltungen wegen seiner mangelhaften Arbeit zu machen; daher der Zorn über die Organisierten. Am nun sein etwas gesunkenes Ansehen zu heben und seine Person an den Läden zu legen, griff er zur Denunziation. Die hiesigen Arbeiter werden ein solches Gebaren zu würdigen wissen.

Freiburg.

1. April.

Kommunales. Der Stadtrat genehmigte vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses in seiner letzten Sitzung die Anschaffung von 6 Paar Pferden nebst dem erforderlichen Geschirre für den Müllabfuhr-Betrieb mit einem Aufwand von etwa 15 000 Mk., sowie die Vorahme baulicher Aenderungen am Jägerhäusle (Kosten 36 000 Mk.) nach den vom Hochbauamt ausgearbeiteten Plänen.

Die Stelle eines Hauptlehrers an der Mädchenbürgerschule Adelhausen wurde dem Unterlehrer German Dorsner an der Realschule in Nehl, die Stelle einer Arbeitslehrerin an der Volksschule im Stühlinger der Arbeitslehrerin Wilhelmine Kopp dahier übertragen.

Der Entwurf des städtischen Haushaltes für 1908 liegt seit vorgestern auf dem Stadtratssekretariat für 8 Tage zur Einsichtnahme aus. Nach dem Ergebnis des Voranschlags der Stadtkasse betragen die Wirtschaftsausgaben 5 592 900 Mk., die Einnahmen dagegen nur 3 632 000 Mk., so daß durch Umlagen zu decken bleiben 1 960 900 Mk. Diese Summe wird ausgeschlagen auf — umlagepflichtige — 358 121 700 Mk. Liegenchaftsvermögen, 94 092 600 Mk. Betriebsvermögen, 34 167 755 Mark Einkommensteuerauslässe und 883 620 000 Mk. Kapitalvermögen. Es müssen demgemäß erhoben werden für je 100 Mk. Steuerwerte: 0,24 Mk. vom Liegenchaftsvermögen; 0,24 Mk. vom Betriebsvermögen; 1,44 (1,20 im Vorjahr) vom Einkommen und 10 Pf. (8,8 Pf. im Vorjahr) vom Kapitalvermögen. Der Bedarf ist gegenüber dem Vorjahr mächtig gewachsen, indem in 1907 die Wirtschaftsausgaben mit nur 5 021 165 Mk. (also mit

rund 570 000 M. weniger) veranschlagt waren. Andererseits...

Der Missetäter (12. Komp.), der kürzlich auf dem...

Furtwangen.

Den Parteigenossen diene hiermit zur Kenntnis, daß...

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit kam gestern vor der...

Letzte Woche war hier Laubtag, d. h. es wurde...

Einem Angestellten wurden am Donnerstag...

Submissionsblüte. Bei der Vergebung der...

Am Sonntag aus ihrer Wohnung entfernte, wurde am...

Daß ihm seine seit Jahren innegehabte Wohnung gekündigt...

Neues vom Tage.

Zur seltsamen Selbstmordaffäre in Basel

Am Dienstag, 24. März, stieg in einem Hotel in Basel ein...

beamter aus Karlsruhe, konnte die Angaben des Gatten bestätigen...

Berlin, 2. April. Gestern wurde vor dem Schöffengericht...

Aus der Residenz.

Boranschlagsberatung.

Die Beratungen der einzelnen Boranschläge wird fortgesetzt.

Stadtgarten besucht Gen. Brandel, an den Boranschlag...

Gen. Ged. nahm die Gelegenheit wahr, um auf Schaffung...

Gen. Schaufelberger ersucht, schon jetzt an die Erbauung...

Gen. Schwall befragt für die Gasarbeiten endlich den...

Gen. Ged. hat die Stadtoberordneten Kolb und Fröhlich...

beiterskörperhaften zuweilen Feste arrangieren und begeben...

Von der Ausgabe eines Programms hatte man abgesehen...

Nun darf man gewiß zugeben, daß der freien Vereinigung...

Die Budgetkommission des Bad. Landtages bewilligte...

Der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme“ in...

Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Gefängnisstrafe...

Konsumverein für Durlach u. Umgegend e. G. m. b. H.

Unsern werten Mitgliedern zur gef. Kenntnis, daß auf bevorstehende Festtage sämtliche Bedarfsartikel in bester Qualität zintreffen.

Zum Baden empfehlen wir:

Phönix-Mehl

offen u. in 2 1/2, 5 u. 12 1/2 Pfd. Säcken sowie prima 0 und 1. Mehle.

Margarine:

Marie Biello nebst verschiedenen Marken Pflanzenbutter, prima amerik. Schweineschmalz, täglich frische Schrahm-Tafelbutter, hochfeine Ware.

Tafeläpfel, Orangen, Citronen.

Wurstwaren:

Norddeutsche u. Thüringer Mettwurst, Rotwurst, Knablauchwurst, Salami u. Cervelatwurst, Leberwurst, Blockwurst, Preßkopf, Schwarzwälder Kanthfleisch, Dürffleisch.

Güßerkrant in bekannter Güte.

Rot- u. Weißweine offen und in Flaschen.

Diverse Südweine in 1/2 und 1/3 Flaschen.

Bier der Brauereien Eglau und Wagner in Krügen u. Fassern für direkte Lieferung.

Zigaretten in guten Qualitäten zu Preisen zwischen 5 bis 10 Pfg. Zu Geschenken 1/2 Kräftchen.

Caramell-Nasen in allen Größen auf Stück und Gewicht.

Chocolade-Hasen und -Eier Zucker-Eier in allen Größen, auch auf Gewicht.

Zur Schulentlassung u. Schulwechsel empfehlen wir sämtl. erforderlich.

Schuhwaren für Knaben und Mädchen vom Strapazierstiefel bis zu den eleganten Formen des Vogelfußstiefel in Knopf und Schnür.

Zu Frühjahr- u. Sommerartikeln sind frisch eingetroffen.

Sandalen in schwarz, braun, gelb und rot sowie alle Größen.

Kinder-Stiefel in schwarz u. farbig.

Manufaktur-Abteilung befinden sich beliebige Dessins in verschiedenen Stoffen am Lager.

Besonders betonen wir auf unsere

hemden- und Schürzenstoffe, Bettüberzugstoffe usw.

Ein spezieller Hinweis auf unsere günstig gestellten Preise erübrigt sich, da wir der Güte der Waren entsprechend zu den billigsten Preisen am Platze abgeben.

Der Vorstand.

Gesangverein Cassalia.

Unsern Sängern zur Kenntnis, daß am kommenden Freitag, 8. April, unsere regelmäßigen Proben unter neuer Direktion wieder beginnen. Die Sänger werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

NB. Die Sänger treffen sich aus besonderem Anlasse an genanntem Abend um 1/9 Uhr im Lokal.

1450 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel **August Schumacher, Maler** nach langem schwerem Leiden im Alter von 25 Jahren sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Samstag, 4. April, vormittags halb 10 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Scherrstraße 13. 1446

Arbeiterbund Vorwärts, Durlach.

Wir legen die berechneten Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen Mitgliedes **Heinrich Vöffel, Metzgermeister,** gescheidend in Kenntnis. Die Beerdigung findet Freitag den 3. April, nachmittags 4 Uhr statt.

Um zahlreiche Teilnahme bitten

1445 **Der Vorstand.**

NB. Sammlung um 3 1/2 Uhr im Saal. D. D.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des so schmerzlichen Verlustes meiner lieben Frau **Emilie Emig, geb. Hils** spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Friedr. Emig, Kupferschmiedmeister,** Karlsruhe, 30. März 1908. 1449

Kolosseum Freiburg beim **Martinstor.**

Das vorletzte Programm dieser Saison dauert nur bis inkl. 11. April und hat nur einen Sonntag.

Die Sensation aller Sensationen ist die

goldene Eva

lebende Gold-Platina-Bronze-Statuen, über welche alle Großstädte Italien lange Zeit geschwiegen haben. **Mlle. Nénoide de Paris, Coloraturlängerin.** **Pepysse Akrobaten-Affien! - Willy Agoston! - Adam! Berner die anderen Attraktionen des neuen Programmes.** Kassa 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Vorberl. Colosseumskasse 11-12 1/2 Uhr.

Ehe man Möbel kauft, bestimme man unser auf reichhaltigste ausgestattete Lager in **Wohnungseinrichtungen**, sowie einzelner Möbel in nur solid. Ausführung u. sehr billigen Preisen. 1309

Gebr. Klein, Durlacherstr. 97/99.

Geschäftsverlegung und -Empfehlung.

Zeige ergeht an, daß ich mein Geschäft von Adlerstraße 4 nach

Werderplatz 39 verlegt habe.

H. Butsch, Motorfahrzeuge, Fahrräder u. Nähmaschinenhandlung. Reparaturwerkstätte - Garage.

Grösste Schonung der Wäsche beim Gebrauch von **Dr. Thompson's SEIFENPULVER** 1/2 U Paket 15 Pfg.

Sportwagen mit Dach und Gummireif, gut erh., z. verk. Kapellenstr. 10, 2 r.

Kinderwagen (Prinzipform) mit Gummi- u. Holzrädern, gut erh., z. verk. Bahnhofstraße 30, 3. Stock.

Deutsche Friedensgesellschaft

Am Donnerstag den 2. April, abends halb 9 Uhr, findet im Saal des Restaurants Palmengarten, Herrenstraße 34a, ein Vortrag des Herrn Stadtpfarrers D. Umlauf von Ehlingen statt über **Moral in der Politik.**

Hierzu laden wir unsere Mitglieder, sowie alle Friedensfreunde ergebenst ein. Damen sind willkommen.

Der Vorstand.

Zur Konfirmation und Kommunikation für Mädchen und Knaben Stiefel

empfehle 1872

in Chevreau, Bogcaff u. Wachsleder in größter Auswahl zu staunend billigen Preisen.

Schuhgeschäft

Wilh. Müller, Mühlburg

Kein Laden Geibelstraße 4 Kein Laden.

Herrenhut-Spezialgeschäft

Frühjahrs-Neuheiten in 1409

Herren- und Knaben-Hüten

Hermann Rinkler

38a Schützenstrasse 38a gegenüber der Volksschule.

Sonderangebot

für **Herren-, Damen-, Konfirmanden- und Kinderstiefel** in allen Ledersorten und zu den billigsten Preisen empfiehlt

Ignaz Interstein, Rheinstr. 55. Mühlburg. Rheinstr. 55.

Möbel-Ausverkauf wegen Umzug. **10 Proz. Rabatt** auf sämtliche 977 **Holz- und Polstermöbel.** Ca. 20 moderne Schlafzimmereinrichtungen, versch. Wohn-, Schlafzimmer u. Salons, sowie einz. Möbel. Gelegenheitskauf f. Brautleute. **J. Kirmann, Hebelstr. 4.** Franko-Liefer. n. auswärts.

Durlach. Möbel- u. Bettenverkauf 1 vollst. Bett 50 M., 1 2thr. Schrank 20 M., 1 Pfeilertomm. 9 M., 1 Nachttisch 4.50 M., Ovale u. Rechtecke 8-12 M., Stühle 2.50 M., 1 Waschkommode 30 M., Bilder u. verschiedene 1 Bettstelle u. Strohsack 6 M. 1437 **Baselertorstr. 10** part. r.

Neue Möbel. 1440 Bettstellen, Schränke, Küchenschrank, pol. Tische m. eis. Platte werden enorm billig verkauft. **Fähringerstr. 37** im Laden. Ansehen tägl. v. 6-7 Uhr.

Kinderwagen (Prinzipform) mit Gummi- u. Holzrädern, gut erh., z. verk. Bahnhofstraße 30, 3. Stock.

Teigwaren

und **Dürrobst**

Bruch-Maccaroni Pfd. 25 Pfg.

Maccaroni, offen, die Pfd. 26 Pfg.

dünn Pfd. 32 Pfg.

Gemüse-Nudeln, breite Hausmacher, Pfd. von 26 Pfg. an.

Neue:

Zwetschen Pfd. von 25 Pfg. an.

Kranzseigen Pfd. 23 Pfg.

Datteln Pfd. 35 Pfg.

Birnbutzel Pfd. 16 Pfg.

Dampfpfäfel Pfd. 55 Pfg.

Mischobst Pfd. 30 u. 50 Pfg.

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

Verkaufsstellen:

34a Werderstr. 34a (am Werderplatz)

28 Karlstr. 28 (am Ludwigplatz)

3 Karl Friedrichstr. 3 (am Marktplatz)

35 Göttestr. 35 (Ede Götze u. Körnerstr.)

22 Georg Friedrichstr. 22 (Ede Ludwig Wilhelmstr., Oststadt)

44 Waldhornstr. 44 (Altstadt)

Mühlburg, Rheinstr. 22

Durlach, Hauptstr. 18.

Rastatt, Kapellenstr. 18.

26 eigene Verkaufsstellen.

Garten, Feld u. -Samen Blumen

von grösster Keimfähigkeit empfiehlt 1368

Drogerie Straus Mühlburg, Hardtstrasse 21.

Rastatter u. westfälische Kochherde,

emailiert und lackiert, **Gaggenauer Gasherde,** Gas-Glühströmper, Zylinderhaus- und Küchenschirme in jeder Ausführung, sowie ganze Einrichtungen von den einfachsten bis zu den feinsten in großer Auswahl u. billigsten Preisen liefert unter Garantie

Ernst Marx, Herde, Ofen, Küchen- u. Haushaltungartikel-Magazin, Luisenstr. 45, 1059

Strickarbeit wird gut u. bill. angefertigt. **Strickerei Durlacher Allee 45, St. 2. St.** 1441

Quisenstr. 48 part. gut möbl. amteiler. Zimm. mit sep. Eing., sowie 1 eif. möbl. Zimm. billig zu vermieten.

Einfach möbl. Manarbenstube wird von alt. Fr. Jof. geucht. Nähe Kapellenstr. Off. mit Preisangabe unt. Nr. 1452.

Knaben-Anzüge

Sämtl. Neuheiten für Frühjahr u. Sommer 1908

in überaus grosser Auswahl eingetroffen.

1888

Sehr aparte Modelle.

Wir unterhalten stets ein reichhaltig sortiertes Lager vom billigsten bis zum feinsten Genre.

Abteilung

Serien-Knaben-Anzüge

heute Donnerstag grosser Sonder-Verkauf.

Serie I bis Serie V.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
4.40	5.55	7.60	9.80	11.70

Confirmanden- und Kommunikanten-Anzüge

Grösste Auswahl.

Viele Preislagen.

Spiegel & Wels

Spezialhaus

für elegante Herren- und Knaben-Bekleidung.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Einer geschätzten Einwohnerschaft von Karlsruhe u. Umgebung die ergebnste Mitteilung, dass ich bis Samstag 4. April im Hause

Gerwigstrasse Nr. 37

(nahe der Parfümerie-Fabrik) ein

1442

Schuhwaren-Spezial-Haus

errichten werde. Durch stetes Unterhalten eines äusserst reichhaltig sortierten Lagers, vom einfachsten bis zum feinsten Modestiefel, in bester Ausführung (mit garantiert Leder-Kappen, Leder-Brandsohlen und rein Leder-Absätzen) bin ich in der angenehmen Lage, allen Wünschen, selbst dem verwöhntesten Geschmack, jederzeit Rechnung zu tragen. Ferner ist es mir durch äusserst günstige Bezugsverbindungen mit nur erstklassigen Fabriken, sowie durch grösstenteils **Selbstfabrikation** meiner Ware ermöglicht, **nur gute Ware billig zu verkaufen.**

Ein einmaliger Versuch führt zur dauernden Kundschaft.

Bei etwaigem Bedarf einem geneigten Zuspruch entgegengehend, zeichnet

Hochachtungsvoll

Karl Hublitz.

Kofferhaus Kronenstrasse 51

nächst der Kriegstrasse — am Mendelssohnplatz

von Mittwoch, den 1. bis Sonntag, den 5. April

10% Rabatt oder doppelte Rabattmarken auf

Schulranzen Musikmappen
Schulmappen Frühstückstaschen

1886

Fest- u. Vereinszeichen

aller Art in Eisen, Email und Metall

Vereinsfahnen, Schärpen, Fahnen

Gewerkschaftskart u. Lörrach.

Adresse: J. Klausler in Rheinfelden i. B.

NB. Kataloge, Originalmuster, farb. Fahnenzeichnungen zu Diensten

stellen finden Privat u. Wirtschafts-Rüchenschmücken. — Gute Behandlung. — Hoher Lohn.

Bei Frau Kuppinger,

Rafanenstr. 11, 2. St.

Ia. Fussbodenlack

schnell trocknend

2 Pfd.-Dose 95 Pfg.

Ia. Boden-Wichse

gelb oder weiss

1/2 Pfd.-Dose 40 Pfg.

1/4 Pfd.-Dose 70 Pfg.

Fussbodenöl „Start“

geruchlos, harzt nicht, staubt nicht.

Original- 1/4 Literfanne

80 Pfg.

(Ranne 10 Pfg. zurück.)

Stahlspäne

fein, mittel od. grob

1/4 Pfd.-Pat. 32 Pfg.

1/2 Pfd.-Pat. 16 Pfg.

Putztücher

gute

von 20 Pfg. an

Schmirgel-leinen

grob, fein oder mittel

Blatt 4 Pfg.

Putzpomade

Globus oder Amor

Dose 8 Pfg.

Panamarinde

Patet 8 Pfg.

empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

Verkaufsstellen:

84a Werberstr. 84a (am Werberplatz)

28 Karlstr. 28 (am Ludwigsplatz)

3 Karl Friedrichstr. 3 (am Marktplatz)

85 Göthe- u. Körnerstr. (Ecke Göthe- u. Körnerstr.)

22 Georg Friedrichstr. 22 (Ecke Ludwig Wilhelmstr. Oststadt)

44 Waldhornstr. 44 (Mittstadt)

Mühlburg, Rheinstr. 22

Durlach, Hauptstr.

Rastatt, Kapellenstr. 18.

26 eigene Verkaufsstellen.

Volksfreundleser

kaufen ihre Brautbetten, sowie einzelne Matrasen wirklich reell und billiger wie in jedem andern Geschäft bei

Stiedlinger & Roth,

Matrasenfabrik,

Leffingstr. 31

(Gaden Markgrafstr. 33).

Kindermatrasen kosten nur

Mk. 4.90 und Mk. 5.90.

Rapellenstr. 68, 4. St. ist ein einfach möbl. Zimmer an einen Arbeiter billig zu verm.

ca. 3 Stunden tägl.

Putzfrau, Humboldtstr. 37, gel. Vorzugstell. Eitlingerstr. 9, 1.

Sportwagen, gut erb. bill. zu verkaufen, Rheinstr. 101, Mühlburg.

Schneiderin nimmt noch Kundchaft an.

Frau Angeheuer, Kaiserstr. 17, Seitb. 3. St. Nr. 1421

Firmenschild, mittl. geb. zu kauf. gel. Brunnenstr. 3a, 2. Et.

Franken-Fabrik für 6 Mk. zu verl. Schützenstr. 92, S. 1.

Möbliert. Zimmer

ist sofort zu vermieten.

Kaiserstr. 51, 5. St.

Räumungsverkauf.

Wegen bevorstehendem Umbau meines Ladens gebe ich auf sämtliche allerneuesten

Herren- u. Knabenkleider doppelte Rabattmarken

oder 10% in Bar.

869

Auf ältere Sachen 20% bis 50% oder entsprechende Rabattmarken.

L. Gretz, Marienstr. 27.

Vereinsbank Karlsruhe.

eingetrag. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht

Kreuzstrasse 1

8228

gewährt ihren Mitgliedern Vorschüsse auf bestimmte Zeit, Kredite in laufender Rechnung und diskontiert Wechsel; besorgt An- u. Verkauf von Effekten u. dergl., Umwechslung von Zins- u. Dividenden-Scheinen u. fremden Geldsorten. Einholen neuer Kupons- u. Dividendenbogen, Umtausch von Interimsscheinen in definitive Stücke u. dergl., Einkassierung von Wechseln, Auszahlung von Wechseln nach allen Plätzen, vermittelt Hypothekenkapital, nimmt auch von Nichtmitgliedern Bareinlagen auf **Scheck-Konto** unter kostenfreier Abgabe von Scheckbüchern, auf Sparbuch, auch unter leihweiser Ueberlassung einer Haussparbüchse und mit längerer Kündigung, sowie verschlossene und offene Depots zur Verwahrung u. Verwaltung unter voller Haftbarkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes, vermietet in ihrer **Stahlkammer** Schrankfächer zur Aufbewahrung von Dokumenten, Wertpapieren, Edelmetallen und Schmuckgegenständen bestimmt, unter Selbstverschluss der einzelnen Mieter.



J. Blum's Zug- und Stovorrichtung

mit 2 Stangen f. Vorhänge u. 3 Stang. f. Stov. u. Vorhänge

Bestig zum Gebrauch. Jeder kann dieselben auf- und abmachen.

Polierte Holzgallerien in allen Längen

Solide und dauerhafte Ware

D.R.G.M. 47515

Wäscheleine-Halter

Verhütet das Herabhängen der Wäsche und schont das Wäscheil.

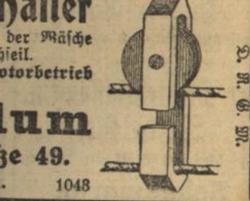
Alles eig. Fabrikat m. Motorbetrieb

Nur beim

Eisen-Blum

49 Schützenstr. 49.

Rabattmarken. 1048



Konsumverein für Durlach u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Wir machen unsere werten Mitglieder darauf aufmerksam, daß wir fortan zur Herstellung unserer sämtlichen

Backwaren

selbstbezogene Mehle von der Firma Mühlbrand-Weinheim unseren Lieferanten direkt ab Mühle aufstellen lassen und übernehmen stets volle Garantie für beste Ware.

Wir empfehlen außerdem laufenden Bezug von

Milch- und Wasserwecke, Gughupfe, Hefenkranz,

dicke und dünne Kuchen zu billigen Preisen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir ab

1. April

auf sämtliche bezogenen Bede und feineren Backwaren die von der Generalversammlung festgesetzte

Dividende

gewährt

Der Vorstand

Schneider-Lehrling

kann zu Ostern unter günstigen Bedingungen in die Lehre treten bei

1178

Karl Maier, Schneidermstr.

Karlsruhe-Mühlburg.

Stadt. Seefischmarkt.

Donnerstag, nachm. von 3¹/₂ bis 7 Uhr und Freitag vorm. von 7¹/₂ bis 11 Uhr.

Große Zufuhr. Billige Preise.

Karlsruhe, den 1. April 1908.

Stadt. Schlacht- u. Viehhofdirektion.

Wegen Platzmangel ganz billig zu verkaufen: Sauberes vollständig. Velt 25 Mk., Schrank 10 Mk., fast neue pol. Komode 15 Mk., neuer pol. Chiffonnier nur 30 Mk., Nachttisch 2 Mk. 1435

Uhländstr. 22 part.

Dirigent gesucht!

Gesangverein von über 100 Sängern in größerer Stadt Mittelbadens sucht thätigen Dirigenten. Off unter F. K. 4250 an Rudolf Mosse, Karlsruhe.

1448

Gut möbl. Zimmer

mit separatem Eingang zu verm.

Durlacher Allee 26, 4. Et.

Die...
ausste...
Meich...
der jü...
jalpo...
gellen...
und G...
unter...
hören...
nieder...
nötige...
Borwi...
wohl...
das M...
mittli...
manif...
teraber...
len al...
die bra...
Einhei...
Da...
ausstel...
Dinge...
genden...
grauen...
alles...
längste...
Unfiche...
Wohnu...
als der...
modern...
sich un...
ter, die...
in der...
gehärm...
festen...
Morgen...
büdt si...
sich ein...
Mar...
Von de...
des Bii...
unter...
statt, de...
domst...
und mu...
ließ har...
weilen...
und im...
der geg...
Tenden...
herin...
ten in...
schon a...
fello...
in der...
industri...
wirtscha...
fannt n...
und Zei...
gen auf...
das Pro...
das hun...
durchge...
es dem...
fation...
nehmen...
jen info...
grühen...
in der...
Näru...
lich wen...
zu ergä...
Seimar...
Fall zu...
gänger...
Methode...
biels...
berord...
erlucht...
Berliner...
weisen...
die völli...
in techni...
hin und